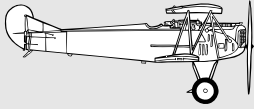


Information



des



Forums Flugplatz Dübendorf

Spezialausgabe zu den Stadt- und Gemeinderatswahlen 1998 mit Kandidatenumfrage

Liebe Mitglieder und Interessenten

Niemand würde wohl einem Fussballclub das legitime Interesse absprechen, seine Spieler nicht nach fussballerischen Qualitäten aussuchen zu wollen. Ergo sei uns zugestanden, die Mitglieder einer Mannschaft nach unseren Kriterien zu wählen.

Traditionsgemäss haben wir die Dübendorfer Stadtratskandidaten zu zwei wehr- und arbeitspolitische Themen im Zusammenhang mit dem Militärflugplatz befragt. Das Ergebnis haben Sie in Händen und kann auch unter <http://www.forum-flugplatz.com> im Internet abgerufen werden.

Wer gegenüber der Landesverteidigung negativ gesinnt ist und den Militärflugplatz bei jeder sich bietenden Gelegenheit attackiert, kann nicht mit unserer Unterstützung rechnen - auch wenn in bestimmten Bereichen gute Verdienste dieser Kandidaten ausgewiesen werden. Ein Hindernis für eine Wahl stellt das grosse Engagement der erklärten Flugplatzgegnernin Lisbeth Güttinger für ihren Ehemann dar, der auch die Vereinszeitung besagter Flug-

platzgegner druckt.

Die bisherigen Stadträte verdienen unsere Unterstützung, weil Sie zu unserem Militärflugplatz stehen, was man von den neuen Kandidaten aus dem linksgrünen Lager nicht uneingeschränkt sagen kann. Bei der Abgabe der Gemeinderatslisten ist allerdings sicher: wer die Liste der SP und GEU in die Urne wirft, wählt autom. Mitglieder des «harten Kerns» aus der Gruppierung von Flugplatzgegnern!

Ich bitte Sie, gehen Sie am 15. März an die Urne, es könnte knapp werden - jede Stimme ist deshalb wichtig! Mit bestem Dank und herzlichen Grüssen
Ihr Peter Bosshard, Präsident



Stadtrats- Kandidaten- Umfrage

Herrn
Martin Bäumle
Raubühlstr.23b
8600 Dübendorf

Forum-Info Spezialausgabe

Feb

Seh

In a

Bei

zeit



Heinz Jauch

Gerne möchte ich Ihnen für Ihre Bemühungen ganz herzlich danken und wünsche Ihnen für die kommenden Wahlen viel Erfolg, auch wenn ich . Das Bild möchte ich gerne bis zur Fertigstellung eines Inserates noch behalten.

Ich stehe mit Überzeugung zu einer glaubwürdigen Landesverteidigung. Nach der Reform „Armee 95“ wird im ehemaligen EMD (heute VBS) bereits über die „Armee 2006“ beraten. Auch eine „schlankere“ Armee erfordert und verdient, dass man für sie die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung stellt.
Mit freundlichen Grüssen
Peter Bosshard

Ich habe mich schon in früheren Jahren bei Diskussionen um den Militärflugplatz Dübendorf unter anderem mit dem Argument „Arbeitsplätze“ engagiert. Und das in den Hochkonjunkturjahren. In wirtschaftlich schwierigeren Zeiten, wie wir sie nun seit den frühen 90-er Jahren kennen, hat dieses Argument für mich noch einen höheren Stellenwert. Auch aus fiskalpolitischen Überlegungen haben für mich die Arbeitsplätze des BABLW und der SF für unsere Region eine nicht zu unterschätzende Bedeutung. Die Umstrukturierungen im Zusammenhang mit der Armee 95 haben aufgezeigt, dass die Einflussnahme lokaler Behörden auf die Entscheide in Bern eher bescheiden sind.

Empfehlung
Wer der Meinung ist, der «ewige Frieden» sei ausgebrochen, sei der Artikel von Daniel Heller auf Seite 6 empfohlen.



Eva Fischer

Gerne möchte ich Ihnen für Ihre Bemühungen ganz herzlich danken und wünsche Ihnen für die kommenden Wahlen viel Erfolg, auch wenn ich . Das Bild möchte ich gerne bis zur Fertigstellung eines Inserates noch behalten.

Eine grundlegende Landesverteidigung ist auch heute noch von grosser Bedeutung und muss sichergestellt werden. Die Militärausgaben wurden bereits drastisch reduziert. Weitere Kürzungen der finanziellen Mittel würden die Existenz der Armee in Frage stellen - sie würde unglaublich. Eine Abschaffung der Armee kommt für mich nicht in Frage. Unsere Landesverteidigung bedeutet mir Sicherheit. Zudem kann das Militär in Katastrophenfällen rasch und sinnvoll eingesetzt werden. Würde die Armee abgeschafft werden, wäre ein allfällig nötiger Wiederaufbau in nützlicher Frist nicht zu bewerkstelligen.

Ja - der bereits vollzogene Stellenabbau ist sehr zu bedauern, denn die Arbeits- und Lehrlingsausbildungsplätze sind für die Region von grosser Bedeutung. Es ist daher dringend notwendig, sich für die Erhaltung der verbleibenden Arbeitsplätze einzusetzen.

**Gehen Sie
am 15. März
an die Urne!**



Herbert Geiger

Gerne möchte ich Ihnen für Ihre Bemühungen ganz herzlich danken und wünsche Ihnen für die kommenden Wahlen viel Erfolg, auch wenn ich . Das Bild möchte ich gerne bis zur Fertigstellung eines Inserates noch behalten.

Zu Beginn der neunziger Jahre wurde die Schweizer Armee gründlich reorganisiert und die Bestände verringert. Mit der Armee reform 95 hat das Schweizervolk eine schlagkräftige Armee erhalten, die den heutigen Ansprüchen gerecht wird, die diejenigen Aufgaben erfüllen werden und die wir uns leisten können. Auch nach der Armee reform 95 braucht es weitere Reformschritte. Das ist sich die Armee selber bewusst und hat die entsprechenden Schritte auch schon eingeleitet. Auf Grund dieser Argumente bin ich überzeugt, dass die beiden Initiativen unnötig, ja überflüssig sind.

Der Erhalt von Arbeitsplätzen ist aus grundsätzlichen Überlegungen schon ein Engagement wert. So ist es für die junge und kommende Generation enorm wichtig, dass auch in Zukunft genügend Arbeitsplätze zur Verfügung stehen. Meines Erachtens und Wissens ist der Militärflugplatz Dübendorf in absehbarer Zeit nicht in Frage gestellt, sind doch in den nächsten Monaten Investitionsvorhaben in zweistelliger Millionenhöhe vorgesehen. Die Abmachungen mit den verantwortlichen Stellen des Militärflugplatzes Dübendorf über die Flugbetriebszeiten sind massvoll und akzeptierbar. Mit dem Verschwinden des Militärflugplatzes Dübendorf würde ein Stück

Geschichte ihr Ende finden was aus meiner Sicht äusserst schade wäre. Von einer Öffnung für die Privatfliegerei hingegen ist jedoch immer wieder die Rede (*Philippe Bruggisser in der Sonntags Zeitung vom 16. 11. 1997*). Mit Entschiedenheit würde ich mich gegen eine Verlagerung des Privatflugzeugverkehrs nach Dübendorf wehren. Einer Verlegung der REGA Helikopterbasis vom Kinderspital auf den Militärflugplatz Dübendorf stehe ich aber sehr wohlgesinnt gegenüber.



Ruth Spahr
DP

Stadträtin (bisher)

Es stimmt mich nachdenklich, daran denken zu müssen, dass für die Landesverteidigung in zehn Jahren nur noch die Hälfte des Betrages der Rechnung 1987 zur Verfügung stehen sollte. Seit den achtziger Jahren werden laufend Volksbegehren lanciert, die auf eine Schwächung der Selbstverteidigungsfähigkeit der Schweiz hinauslaufen. Kein Wunder, dass der Respekt vor unserem Land langsam abbröckelt und wir somit erpressbar werden. Die Ausgaben des Bundes für die Verteidigung unseres Landes machen nur 1,6% des Bruttoinlandsproduktes aus, während Italien, Frankreich, Schweden und andere wesentlich mehr aufwenden.

Können wir die Verantwortung auf uns nehmen, dass unsere Armee langsam und gezielt nur noch zu einem Katastrophenhilfscorps wird und im Ernstfall unfähig ist, unser Land zu verteidigen? Ich glaube kaum!

Ich meine auch, dass die allenfalls gesparten Gelder auf keinen Fall für internationale Friedenspolitik und Entwicklungszusammenarbeit verwendet werden dürften, wie es die Initiative sagt. Völlig absurd ist auch zu glauben, dass die Arbeitsplätze der von der Abrüstung betroffenen Betriebe für andere Zwecke

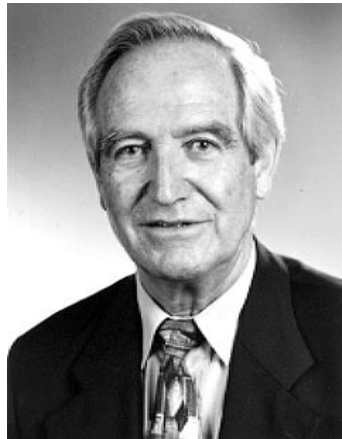
erhalten werden könnten.

Aus all diesen Gründen sage ich zur Umverteilungsinitiative und zu einer allfälligen zweiten Initiative "Schweiz ohne Armee" entschieden nein.

Das Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport wird wohl kaum je auf die Idee kommen, den Militärflugplatz in Frage zu stellen!

Die Fluglärmmissionen müssen auf verschiedene Regionen verteilt sein. Die Armee braucht die Flugwaffe. Sie ist der Schutz der Bodentruppen. Der Militärflugplatz ist auch aus wirtschaftlichen und menschlichen Gründen (Arbeits- und Ausbildungsplätze) absolut notwendig.

Ich würde mich sicher für den Erhalt der Arbeitsplätze und des Militärflugplatzes engagieren! Für ein Abschieben der Privatfliegerei nach Dübendorf würde ich mich jedoch wehren.



Willy Wunderlin
FDP

Stadtrat (bisher)

Die sogenannte Umverteilungsinitiative gehört ins gleiche Kapitel wie die seinerzeitige Abschaffungsinitiative und deren Neuauflage. Was die Umverteilung übriglassen würde, verdient den Namen Armee nicht mehr. Die Faustregel heisst auch heute noch: In einem Land hat es immer eine Armee, entweder die eigene oder eine fremde. Ich trete dafür ein, dass die Schweiz zur Wahrung ihrer Unabhängigkeit eine glaubwürdige Armee behält. Ein Verzicht auf unsere Armee wäre unumkehrbar. Eine fremde Armee würde man nie mit einer Abstimmung zum Verschwinden bringen. Das wahre Gesicht der GSOA käme wohl deutlicher zum Ausdruck, wenn man diese GSOA, „Gruppe Schweiz ohne eigene Armee“ nennen würde.

Ich würde mich für die Erhaltung des Militärflugplatzes und seiner Arbeitsplätze einsetzen, falls die Existenz des Militärflugplatzes in Frage gestellt würde.



Lothar Ziörjen
SVP

Stadtrat (bisher)

Beharrlich wird immer wieder versucht, die Armee zu schwächen und dies obwohl sich das Schweizervolk, meiner Meinung nach auch richtigerweise, mit dem Beschaffungsentscheid für den F/A-18 weiterhin für die bewaffnete Neutralität entschieden hat. Eine starke Armee ist Voraussetzung dafür, dass wir in kontrollierter Sicherheit leben können. Nie darf ausser acht gelassen werden, dass man nicht auf einen gesicherten Frieden zählen kann. Zu Nahe sind die kriegerischen Ereignisse. Zudem müssen wir inmitten von Europa solidarisch unseren Beitrag zur militärischen Sicherheit leisten. Es liegt deshalb auf der Hand, dass ich die Halbierungsinitiative wie auch eine Armeeabschaffungsinitiative klar ablehne.

Da der Kanton und die Gemeinden immer weniger finanzielle Mittel für Investitionen zur Verfügung haben, wird der Militärflugplatz Dübendorf für die Region, aber besonders auch für Dübendorf, zu einem immer wichtiger werdenden wirtschaftlichen Faktor. Zudem ist er ein wichtiger Arbeitgeber, der viele Arbeits- und Ausbildungsplätze (Lehrstellen) zur Verfügung stellt. All dies darf nicht gefährdet werden.

Im Gegensatz zu meiner positiven Haltung zum Militärflugplatz Dübendorf halte ich hingegen gar nichts von einer Umwandlung in einen Flugplatz mit Privatfliegerei (zB. Charterflüge). Denn dies würde gegenüber dem heutigen Fluglärm zu einer erheblichen Mehrbelastung in der Luft und auf dem Boden führen und die Lebensqualität in Dübendorf stark beeinträchtigen.

Ich werde mich aus all diesen Gründen wo immer notwendig für den Erhalt des Militärflugplatzes Dübendorf einsetzen.



Martin Bäumle
GEU

Eine rein militärische Sicherheitspolitik ist heute überholt. Die Bedrohungen sind vielfältiger. Mit der Umweltzerstörung und den wieder aufkommenden sozialen Problemen kommen Herausforderungen auf uns zu, die neue Prioritäten verlangen. Ich begrüsse deshalb die Bestrebungen der neuen Umverteilungsinitiative, die Militärausgaben weiter zu reduzieren und die knappen Geldmittel gezielter einzusetzen - insbesondere auch zur Erhaltung von ökologisch und sozial verträglichen Arbeitsplätzen.

Ich stand und stehe immer noch kritisch zur heutigen Armee, die noch zu stark an der Vergangenheit hängt. Hingegen geht mir die Neuaufgabe der Armeeabschaffungsinitiative zu weit. Die erste GSoA-Initiative hat vieles in Bewegung gebracht. Die Armee hat dazugelernt und reformierte sich. Ich erwarte aber weitere Schritte zu einer Neuorientierung der Armee.

Für mich ist zentral, eine Ausweitung oder eine Umwandlung des Betriebes für die zivile Fliegerei zu verhindern, weil dies für die Bevölkerung und Umwelt inakzeptable Mehrbelastungen zur Folge hätte. Dagegen ist für mich der Militärflugplatz mit der heutigen Betriebsstruktur ein problematischer aber akzeptabler Bestandteil Dübendorfs. Damit sind auch die heutigen Arbeitsplätze beim Flugplatz vorderhand gesichert. Gerade das letzte Jahr mit seinen fragwürdigen Fusionen hat aber gezeigt, dass sich Strukturen plötzlich verändern können. Ein kampfhaftes Festhalten an zum Teil überholten Strukturen kann den Blick für zukunftsweisende Lösungen trüben. Deshalb müssen mögliche Lösungen für das Flugplatzgelände und die Erhaltung von veränderten Arbeitsplätzen im Auge behalten werden.



Rolf Güttinger
Freie

Ich bin gegen die beiden Initiativen, weil einige nötigen Reformen bei der Schweizer Armee bereits eingeleitet sind.

Es ist eine ständige Aufgabe des Gesamt-Stadtrates sich für den Erhalt von Arbeitsplätzen in unserer Stadt einzusetzen und dies nicht nur beim Flugplatz Dübendorf. Sollte Ihre Frage tatsächlich einmal zur Tatsache werden, so wären seitens des Stadtrates auch die dann zumaligen Umstände und Beweggründe des VBS mitzubedenken. Im Moment sieht die Sachlage eher so aus, dass wir bei einer Aufhebung des Flugplatzes Dübendorf für den militärischen Bereich das kleinere Übel gegen ein grösseres eintauschen würden; nämlich die eventuelle Verlegung der Privatfliegerei von Kloten nach Dübendorf.

**Kommentar zu Äusserungen
des SAirGroup Konzernchefs
Philippe Bruggisser.**

In der «Finanz und Wirtschaft» äusserte sich der Konzernchef SAirGroup Philippe Bruggisser zum Flugplatz Dübendorf wie folgt: «...Mein langfristiges Konzept geht noch weiter. Zürich muss mehr und mehr zu einem Langstreckenflughafen ausgebaut werden mit guten Verbindungen in die europäischen Metropolen. Die Kleinflugzeuge und der Charterverkehr müssten nach Dübendorf ausgelagert werden...».

Der durch diese Äusserungen entfachte Wirbel ist der grossen Sensibilität in den Umliegergemeinden zuzuschreiben. Ein Grund zu Panik besteht jedoch nicht. Es gehört zur Aufgabe und Pflicht eines Managers, langfristige Konzepte und Visionen zu entwickeln. Es ist aber auch Aufgabe der angesprochenen politischen Instanzen, darauf zu reagieren. Es steht ja weder das von weiten Kreisen befürchtete Nebeneinander von zivilem und militärischem Flugverkehr zur Diskussion noch verzichtet die Luftwaffe kurz- oder



Heinrich Kaiser
SVP

Der Erhalt einer tauglichen Landesverteidigung, zu der auch eine angemessene Luftwaffe gehört, ist für mich weiterhin unbestritten. Ein unkontrollierter, leistungsschwächender Abbau oder gar eine Abschaffung der Armee darf keine Mehrheit finden. Unser Reichtum und unsere schöne Heimat haben wir zu grossen Teilen unserer Arbeitsamkeit und der bewaffneten Neutralität zu verdanken.

Der Militärflugplatz und die Geschichte von Dübendorf, sowie auch ein Teil unserer Zukunft gehören zusammen. Die vielen gutqualifizierten Arbeitsplätze auf dem Militärflugplatz, den angegliederten Ausbildungsstätten, sowie den Dienstmöglichkeiten privater Zulieferer und Dienstleistungsbetrieben verschiedenster Richtungen gebührt unsere Aufmerksamkeit. Diesen wichtigen Wirtschaftsfaktor, sowie die vielen Arbeitsplätze dürfen wir nicht so leichtfertig in Frage stellen. Wir müssen besorgt sein, dass ein für alle akzeptables Nebeneinander möglich bleibt und unsere Kräfte dafür einsetzen.

mittelfristig auf ihren wichtigen Stützpunkt Dübendorf. Das Gegenteil ist der Fall. Der Militärflugplatz wird laut Auskunft vom BABLW mit grossem Investitionsaufwand für die Stationierung einiger F/A-18 Flugzeuge infrastrukturell ausgebaut. Das Szenario einer möglichen Auslagerung von bestimmtem Flugverkehr war bereits bei der Abstimmung über die 5. Ausbaustufe des Flughafens Kloten absehbar. Denn es war schon damals kein Geheimnis, dass mit dem Ausbau der Infrastruktur (Midfield-Dock, Taxiways etc.) zwecks Erhöhung der Passagierkapazitäten das vorhandene Pistensystem zum Flaschenhals avancieren wird. Ein Pistensystem, das nur begrenzten Verkehrszuwachs erlaubt und faktisch über kein Ausbaupotential verfügt. Laut Auskunft



Peter Moser
parteilos

Ich bin ganz klar für den Erhalt einer tauglichen und schlagkräftigen Landesverteidigung, wenn die dafür notwendigen finanziellen Mittel auch richtig eingesetzt werden und keine unnötigen Geldverschleuderungen stattfinden. Auch im Militär ist sparen angesagt!

Es steht für mich ausser Frage, dass ich mich für sämtliche arbeitsplatzerhaltenden Massnahmen, gleich welcher Art, einsetzen würde. Dazu gehört sicherlich auch der Militärflugplatz Dübendorf als ein wichtiger Arbeit- und Auftraggeber für unsere Stadt und Region. Dübendorf ohne Militärflugplatz wäre für mich undenkbar. Da ich bekanntlich in Dübendorf aufgewachsen bin, war ich schon als Jugendlicher ein Fan von Flugzeugen und bin es bis Heute geblieben. Trotz aller Freude begrüsse ich es jedoch sehr, wenn die Flugbewegungen auf das unbedingt nötigste reduziert werden, um die Lärmbelastung für unsere Bevölkerung in Grenzen zu halten.

(5. 7. 95) vom Chef Abt. Raum und Umwelt im Generalsekretariat des damaligen EMD, hält Dr. Robert Landtwing unmissverständlich fest, dass der Militärflugplatz Dübendorf kein Thema für eine Um- oder Mischnutzung darstellt. Die Luftwaffe sei nach wie vor auf den Flugplatz als wichtigen Standort für die Pilotenaus- und weiterbildung angewiesen. Was dereinst im Jahr 2010 sein wird, könne heute niemand wissen. Was dereinst im Jahr 2010 sein wird, wenn nur noch 34-80 Kampflugzeuge ihren Dienst verrichten, könne heute noch niemand wissen!

Unser Verein hält an den statuarisch deklarierten Zielsetzungen fest: Solange die Luftwaffe zur Erfüllung ihrer Aufgabe auf den Militärflugplatz angewiesen ist, sind wir ganz klar gegen eine Etablierung der Allgemeinen Luftfahrt!

(Fortsetzung auf Seite 6)



Ivo Ramer
SP

Die von zahlreichen Organisationen gemeinsam mit der SP Schweiz lancierte Initiative "Sparen beim Militär und der Gesamtverteidigung - für mehr Frieden und zukunftsgerichtete Arbeitsplätze" will nicht nur innert zehn Jahren die Ausgaben für die Landesverteidigung halbieren, sondern die eingesparten Mittel für friedliche Konfliktlösung, kollektive Sicherheit und Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen einsetzen. Nachdem eine Initiative der GSoA zwar abgelehnt wurde, aber einen beachtlichen Anteil von einem Drittel Ja-Stimmen erreichte, hat die Umverteilungsinitiative klar Priorität. Sie legt auch fest, dass die von der Abrüstung betroffenen Betriebe und Verwaltungen mit den eingesparten Mitteln unterstützt werden. Mit einem Fonds von 1 Milliarde Franken soll die Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen gefördert werden. Den Kurs der Umverteilungsinitiative in Richtung einer aktiven und effizienten Friedenspolitik kann ich aktiv unterstützen. Wenn dieses Ziel erreicht ist, kann hoffentlich auch offen über die Notwendigkeit der dannzumal reduzierten Landesverteidigung im traditionellen Sinn diskutiert werden.

Vom arbeitsmarktlichen Gesichtspunkt her gesehen ist das Areal des Militärflugplatzes denkbar schlecht genutzt. Dazu könnte auch die Nutzung für den zivilen Luftverkehr, welche ich entschieden ablehne, nichts wesentliches beitragen. Sollte der Flugplatz vom VBS freigegeben werden, könnte darauf, neben der Renaturierung eines bedeutenden Teils, eine gemischte Nutzung angestrebt werden. Das Areal erlaubt ein Vielfaches der heutigen Zahl an Arbeitsplätzen sowie eine grosse Zahl von Wohnungen, Angebote für Kultur, Erholung und Freizeit. Die in der Umgebung des Flugplatzes geltenden Bau- und Nutzungsbe-

schränkungen könnten entfallen und würden auch dort eine weitere Entwicklung fördern. Die heutigen Gebäude sind teilweise erhaltenswert, das Fliegermuseum soll als kulturell-historisches Element gepflegt werden. Die Zahl der Arbeitsplätze soll also dringend erhalten und vermehrt werden zugunsten einer lebenswerten Stadt Dübendorf.



Kurt Spillmann
FPS

Als Dübendorfer-, Zürcher- und Schweizerbürger bin ich gegen Armee Halbierungs- und Abschaffungsinitiativen. Durch den freien und ungehinderten Personenverkehr in Europa, inkl. Osteuropa, und die höchst fragwürdige Haltung unserer "Oberen" gegenüber dem eigenen Volk, frage ich mich wem die Schweizerarmee in einem Kriegsfall zu dienen hat.

Echte, heimatliebende Dübendorfer und Zürcher stehen an der Grenze und in Kampfstellungen, derweil illegale, Dienstverweigerer und Drogenkriminelle mein Haus und Hof plündern.

Selbstverständlich werde ich mich heute und in Zukunft für einen Militärflugplatz in Dübendorf einsetzen. Aber nur für einen Militärflugplatz und einen eventuellen Rega-Standort. Einen Flugplatz für die Privatfliegerei lehne ich ab.

Die Freiheitspartei setzt sich für eine glaubhafte Landesverteidigung auf der Grundlage des Milizsystem und für eine modern ausgerüstete Armee ein. Dazu gehört auch der Militärflugplatz Dübendorf.

Impressum:

Forum Flugplatz Dübendorf,
Postfach, 1085, Dübendorf 1
Präsident: Peter Bosshard
Vizepräsident: Aldo Wicki
Aktuar: Robert Steiner
Kassier: Heidi Knecht



André Winkler
PdB

Die Schweiz hat Anrecht auf eine Verteidigung. Eine Berufsarmee aber könnte eines Tages Realität werden. Würde die Schweiz ihre Armee abschaffen, so würde es die Nato für wichtig erklären, die Schweiz und ihrer Luftraum zu überwachen oder zu schützen. Wir hätten dann so oder so eine Armee in der Schweiz. Aber die eigene ist mir lieber.

Der Flugplatz Dübendorf ist ein wichtiger Teil von Dübendorf. Rund 450'000 Menschen sind in der Schweiz entweder Arbeitslos oder von der Fürsorge abhängig. Die Auflösung des Flugplatzes würde für Dübendorf eine Überbelastung im Fürsorgewesen bedeuten. Ob das Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport den Flugplatz eines Tages in Frage stellen wird, ist denkbar. Ob ich aber als möglicher Stadtrat einen Einfluss auf Bern, zu Gunsten des Militärflugplatzes ausüben kann, ist fraglich.

Fortsetzung von Seite 5

Wer wie die SP-Dübendorf, die GEU und die Gruppierung der Fluglärmgegner «BGF» ständig und bei jeder Gelegenheit den Militärflugplatz attackiert, lautstark verwünscht und den Abbau der Flugbewegungen fordert, muss sich nicht wundern, wenn Dritte Anspruch auf den Flugplatz anmelden. Die Äusserungen von Philippe Bruggiser können deshalb auch als Quittung für solches Gebahren linksgrüner Kreise verstanden werden!

Peter Bosshard

Lisbeth Güttinger schrieb im Vereinsblatt der «BGF»:

Dann eine Mirage-Staffel, die nahe an unserem Haus vorbeidonnert - sinnlos. Ich weiss mir nicht anders zu helfen, als voll Wut das Fenster zuzuknallen und den lauten Krachmonstern eine Verwünschung nachzuschreiben. Meine Ruhe und mein Friede sind dahin, Stress und Wut bleiben zurück; wohin damit? Auf den Flugplatz anrufen, mich beschwichtigen lassen? Ja gut, das reichte mir aber nicht.

Wer die Vergangenheit vergisst, verliert die Zukunft

Von Dr. Daniel Heller

Sicherheitspolitik der Schweiz nach der Jahrtausendwende / Sieben Thesen zur künftigen Selbstbehauptungsstrategie der Schweiz (Verein Sicherheitspolitik und Wehrwissenschaft)

Sämtliche «Sieben mal sieben Thesen zur Neuausrichtung von Sicherheitspolitik und Armee» können von unserer Internet-Adresse <http://www.forum-flugplatz.com> abgerufen werden.

Die multipolare Welt ist instabiler als die Welt vor dem Fall der Mauer

Zerfall des Ostblockes hat die Welt strategisch zunächst eher destabilisiert. Diese Tatsache bestätigt frühere Erfahrungen der Geschichte: Nach dem Zerfall von Grossreichen, Hegemonialmächten oder stabilen Mächtesystemen pflegen latente wirtschaftliche, soziale, ethnische und politische Spannungen zu eskalieren. In den Jahren nach der "Wende" von 1989/92 war und ist weltweit eine Rekordzahl kriegerischer Auseinandersetzungen im Gange.

Ausgetragen werden sie vor allem in der zweiten und dritten Welt. Die Spannbreite ist gross. Sie reicht von den mit einfachen Waffen verübten Massakern und ethnischen Säuberungen in Rwanda oder Ex-Jugoslawien über das niedergewalzte Grozny in Tschetschenien bis hin zum High-Tech-Krieg am Golf.

Mit dieser Spannbreite von Kriegen und Konflikten ist auch in Zukunft zu rechnen. Hinzu kommt, dass zahlreiche latente Konflikte (N/S - Korea; Indien - Pakistan; Israel - Arabische Welt; Türkei - Griechenland etc.) weiterhin ungelöst blieben.

Den Faktoren der Ordnung stehen starke Faktoren der Unordnung gegenüber

Eine "neue Weltordnung" und damit dauerhafter Friede und Stabilität sind nicht in Sicht. Weder ein Gleichgewicht der Kräfte, noch eine permanent aktive Hegemonialmacht, noch eine Weltpolizei in Form einer multilateralen Organisation wie der UNO, noch die weltweite Durchsetzung der Demokratie als Staatsform und Voraussetzung für eine friedliche Staatengemeinschaft zeichnen sich gegenwärtig ab. Wohl gelten heute 117 von 191 Staaten als Demokratien. "Freedom House", eine Menschenrechtsorganisation, teilte 1995 die 191 Staaten der Erde bezüglich politischer Rechte und bürgerlicher Freiheiten in 76 "freie Länder", 62 "teilweise freie Länder" und 53 "nicht freie Länder" auf. Von 5,7 Milliarden Menschen leben also nach wie vor nur gerade etwa 1 Milliarde in freien Gesellschaften. Die Realität verifiziert also die These vom "Ende der Geschichte" auf Grund der weltweiten Durchsetzung des rechtsstaatlich-liberaldemokratischen Prin-

zips weiterhin nicht. Auch um Frieden und Stabilität bemühte internationale Organisationen wie insbesondere die UNO haben, gemessen an ihren Ansprüchen, vorläufig eine insgesamt ernüchternde Leistungsbilanz. Diese Organisationen sind immer noch mehr Spiegel denn Zukunftsgemälde unserer Welt.

Ressourcenknappheit könnte zum stärksten Faktor der Unordnung avancieren

Für die künftige Entwicklung und damit für die Ausbreitung von Zivilisation und Stabilität könnte der demographische Faktor entscheidend sein: Das Bevölkerungswachstum entscheidet mit über Geschwindigkeit und Form der Zivilisierung der Erde. Die Perspektiven sind düster. Die Bevölkerungszunahme beschert der Welt alle zehn Jahre eine weitere Milliarde Menschen. Der Zuwachs konzentriert sich auf die Drittwelt-Regionen in Asien, Afrika und Südamerika. War die Bevölkerung Afrikas 1950 noch halb so gross wie diejenige Europas, hat sie diese 1985 eingeholt (480 Millionen) und könnte im Jahre 2025 eine dreimal so hohe Bevölkerungszahl aufweisen wie Europa (512 Mio. in Europa zu 1,58 Mrd. in Afrika). Die Entwicklung - so Prognosen - könnte in zwanzig bis dreissig Jahren bei einem Stand von 10 Milliarden Menschen kulminieren. Das Potential für Entwicklungsstörungen und Destabilisierung infolge Überbevölkerung und Ressourcenknappheit wächst damit exponentiell.

Die rund 3'000 Völker der Erde sind in rund 190 Staaten konzentriert, deren Grenzen ethnische oder religiöse Trennlinien oft nicht respektieren. Verstärkt der Bevölkerungsdruck soziale und wirtschaftliche Spannungen in wenig entwickelten Gesellschaften, kann dies zum Aufkommen von Extremismus, Nationalismus und religiösem Fanatismus führen. Konflikte und Kriege entstehen parallel zur Überbevölkerung. Den Zusammenhang zwischen demographisch bedingten sozialen Problemen und der Bereitschaft zur Gewalt zeigt die Geschichte. So fand die intensivste Kriegstätigkeit des 19. und des beginnenden 20. Jahrhunderts in den Einflussphären der weissen Bevölkerung Europas und Nordamerikas statt. Europa war damals die Region mit der grössten Bevölkerungsvermehrung. Auch nach 1945 befin-

den sich die Herde grösserer Konflikte in ihrer überwiegenden Mehrheit in Gebieten mit starkem Bevölkerungsdruck.

Die Zivilisation ist auch in Europa nicht auf alle Zeiten gesichert

Infolge der entstehenden Verteilungskämpfe um knappe Ressourcen können viele Völker der Erde erneut in Bewegung geraten. Die Wanderungen drohen die Dimension von Migrationen anzunehmen. Migrationen grösseren Ausmasses sind immer verknüpft mit sicherheitspolitisch relevanten Ereignissen wie Kriegen, Hungersnöten, Verfolgungen oder Seuchen. Dabei ist offen, wie rasch eine Akzeleration von Konfliktpotentialen in Westeuropa eintreten könnte.

Die Geschichte zeigt, dass die Zeitverhältnisse oft unerwartet kurz sind. Hitler hat für die Vorbereitung und Entfesselung des Zweiten Weltkrieges unter der Devise "Volk ohne Raum" lediglich sechs Jahre benötigt. Saddam Hussein ist zur Sicherung von Ressourcen innert Jahresfrist in Kuwait einmarschiert. In Ex-Jugoslawien schlugen während Jahrzehnten verdeckte ethnische Probleme in einem Zeitraum von gut zwei Jahren in offene Konflikte um.

Völkerwanderungen grossen Ausmasses sind mit einem Verfall von Strukturen, Werten und Traditionen bei den Wandernden, aber auch in den Zielländern verbunden; später entstehen neue Kulturen, deren Werte aber kaum mehr den unseren entsprechen werden. Die Wahrung des Friedens, die Abwehr von politischen Krisen oder die Absorption einer grösseren Flüchtlingswelle fallen den Ländern Westeuropas mit hohem Entwicklungsstand, leistungsfähigen Volkswirtschaften und gefestigten Demokratien vorläufig noch leicht. Wirtschaftliche, soziale und daraus resultierende politische Probleme, insbesondere die hohe Arbeitslosigkeit der vergangenen Jahre, machen heute aber selbst entwickelten europäischen Staaten zu schaffen. Der Trend zu den Extremismen ist auch bei uns evident. Plötzliche Massenzuwanderungen könnten deshalb auch für die innereuropäische Stabilität durchaus eine reelle Gefahr darstellen.

Die Vorwarnzeit ist und bleibt variabel

Vorwarnzeit ist zunächst ein militärischer Begriff - wieviel Zeit braucht eine Macht, um zum Beispiel konventionelle Kräfte in einem bestimmten Umfang aufmarschieren zu lassen und einen Angriff auszulösen. Dann hat die Vorwarnzeit aber auch eine politische Dimension: Die Vorwarnzeit bezüglich des entscheidenden - politischen Entschlusses, zum Beispiel Lenk Waffen gegen ein Land abzufeuern, war und ist nicht abschätzbar. Man konnte in den Achtziger Jahren hinsichtlich der Speerspitze der Streitkräfte des Warschaupaktes, die zum Angriff nach kur-

zer Vorbereitungszeit befähigt waren, Aussagen über eine militärische Vorwarnzeit machen. Nicht vorhersehbar war aber, ob und wann das Politbüro einen entsprechenden Entschluss fassen würde.

Die politische Vorwarnzeit für den 1. September 1939, die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges hat Anfang 1933 mit der Wahl Hitlers zum Reichskanzler eingesetzt. Wer war 1939 ausreichend bereit? Einige waren mehr bereit, andere weniger; viele waren überhaupt nicht bereit, obwohl eine stufenweise Eskalation die Katastrophe angekündigt hatte. Entscheidend ist das Erkennen der Anzeichen, deren richtige Interpretation und der politische Wille, im gegebenen Augenblick zu reagieren und die vorsorglichen Massnahmen zu ergreifen, um einer sich konkretisierenden Gefahr zu begegnen. Die Geschichte ist voll von selbstgefälligen, in der Wehrbereitschaft nachlässig gewordenen Staaten und Völkern, die letztlich überrascht wurden und untergingen.

Die Herstellung angemessener Bereitschaft braucht kontinuierliche Investitionen in Rüstung und Ausbildung

Das Postulat kontinuierlicher Bereitschaft und damit ausreichender Investitionen gilt vorerst für die Rüstung. Die überstürzte Nachrüstung im eingetretenen Bedrohungsfall ist schwierig oder ganz unmöglich, wie die schweizerischen Erfahrungen vor und nach dem Zweiten Weltkrieg gezeigt haben. Die während der Ungarnkrise 1956 beschlossenen Sofortprogramme waren wohl für die Bevölkerung beruhigend, ihre Umsetzung wäre im Falle einer Eskalation jedoch zu spät gekommen. Regelmässige Anpassungen an neue technologische Entwicklungen, eine kontinuierliche Modernisierung der Systeme sowie Effizienzsteigerungen im Zeichen der Ressourcenknappheit verlangen auch in Zukunft ausreichende Rüstungsprogramme. Das zeigt die 1993 vom Volk beschlossene Erneuerung der Flugwaffe, welche vorab aus Gründen der technologischen Entwicklung nötig wurde. Man kann sicher den Umfang der Rüstungsbeschaffung vorübergehend reduzieren, muss aber unter allen Umständen ein Mindestmass an Kontinuität wahren. Ein Mittel, Ressourcenengpässe zu umgehen, ist die Realisierung von Effizienzsteigerungen. Aber auch sie bedingen Investitionen. Die materielle Ausrüstung aller Einheiten der Schweizer Armee muss den Einsatzanforderungen glaubwürdig entsprechen. Dies ist eine unabdingbare Voraussetzung zur Realisierung des dreistufigen Ausbildungskonzepts nach Armeegesetz (Grundausbildung, Fortbildungsdienste der Truppe, einsatzorientierte Ausbildung bei erhöhter Bedrohung nach Anordnung des Bundesrates). Die Armee braucht moderne und adäquate Ausbildungsstätten. Sie stehen noch zu wenig zur Verfügung, so dass

weiterhin oft nach herkömmlichen, veralteten und ineffizienten Methoden ausgebildet werden muss. Um diese Postulate umsetzen zu können, müssen ausreichende Militärbudgets gesprochen werden. Die finanziellen Rahmenbedingungen im Bereich der Rüstung, Ausrüstung und Ausbildung/Betrieb dürfen diese Minimalforderung in keinem Zeitpunkt in Frage stellen.

Auch der Kleinstaat kann sich Sorglosigkeit nicht leisten

Bereitschaft ist ein relativer Begriff. Wer grossräumig und mit historischer Tiefe denkt und analysiert, wird erkennen, dass sich im sicherheitspolitischen Bereich kurzfristige Schwergewichtssetzungen und Abstellen auf Momentanaufnahmen nie gelohnt haben. Derart heikle Gebilde wie eine milizmässig verankerte Landesverteidigung, mühsam erstrittener sicherheitspolitischer Konsens und langfristige Strategien ertragen keine Hüst- und Hott-Politik. Die sicherheitspolitische Grundbereitschaft zur Selbstbehauptung der Nation und als Versicherung gegen von aussen verursachtes Leid und Elend braucht konstante Investitionen und Anstrengungen. Gerade weil die staatlichen Verteidigungsaufwendungen der Schweiz unter dem westeuropäischen Schnitt liegen, sind sie tragbar und nötig.

Armeeabschaffung in Raten - steter Tropfen höhlt den Stein

1987

Rüstungsreferendum (abgelehnt)

1989

Armeeabschaffungs-Initiative (abgelehnt)

1993

Anti-Waffenplatz-Initiative (abgelehnt)
Flugwaffen-Abschaffungs-Initiative (abgelehnt)

1995

Für weniger Militärausgaben ..
Halbierungs-Initiative I (ungültig)

1997

Für ein Verbot der Kriegsmaterialausfuhr
Für sparen beim Militär (Halbierungs-Initiative 2) (eingereicht)
Für Armee-Abschaffung II (angekündigt)
Für eine Schweiz ohne Beteiligung an einer europäischen Militärstruktur (angekündigt)
Für Abschaffung des Militärpflichtersatzes (gescheitert)
Für einen echten Zivildienst (angekündigt)

Das Forum im Internet:
<http://www.forum-flugplatz.com>

Forum Flugplatz Dübendorf

Unter diesem Namen wurde Anfang November 1990 in Dübendorf ein unabhängiger Verein im Sinne von Art.60/ZGB gegründet mit dem Zweck, die immer wiederkehrende Frage des Militärfluglärms auf einer sachlichen Basis zu diskutieren. Wir bekennen uns zur Notwendigkeit einer glaubwürdigen Landesverteidigung, welche auch eine effiziente Flugwaffe beinhaltet. Die damit verbundene Lärmbelastung erscheint uns als ein Teil des Preises, den wir zur Erhaltung dieser Glaubwürdigkeit zu bezahlen haben.

Auch wir treten für Lebensqualität im Raum Dübendorf ein. Wir unterstützen Anstrengungen, die unternommen werden, um den Militärfluglärm so gering wie möglich zu halten. Das notwendige Training der Flugwaffe zur Erfüllung

ihrer Aufgabe darf aber dadurch nicht beeinträchtigt werden. Niemand kann für Lärm sein, aber im Gegensatz zum Verein "Bürger und Bürgerinnen gegen den Fluglärm" betrachten wir die Fluglärm-Problematik in einem grösseren Zusammenhang.

Wir sind weder ein kultureller Verein mit regelmässigen Zusammenkünften und Mitgliederversammlungen noch eine Konkurrenz zu Parteien. Wir können aber mit unserer Arbeit politische Parteien, die ebenfalls zu einer glaubwürdigen Landesverteidigung stehen, unterstützen oder ergänzen.

Es freut uns sehr, wenn Sie unserem Verein beitreten und danken für Ihre Unterstützung.

Dafür brauchen wir Ihre Unterstützung!



Beitrittserklärung zum Verein Forum Flugplatz Dübendorf

Anmeldung:

Hiermit beantrage ich, dem Verein Forum Flugplatz Dübendorf beizutreten und bestätige gleichzeitig, nicht Mitglied der GSoA, des Vereins «Bürger und Bürgerinnen gegen den Fluglärm» oder einer ähnlichen, gegen unsere Luftwaffe oder Landesverteidigung gerichteten Organisation zu sein.

Bitte senden Sie diese Anmeldung an nachstehende Adresse (mit gleichzeitiger Einzahlung des Mitglieder-Jahresbeitrages von Fr. 25.-- auf unser Postkonto).

Adresse:

Name:

Vorname:

Strasse:

PLZ / Ort:

Telefon P:

Unterschrift:

Datum:

Postfach 1085, 8600 Dübendorf, Postkonto: 80-47799-0